



# Kolping

Diözesanverband  
Hildesheim e.V.

## Duderstädter Erklärung 2024

### Wahl des Europaparlaments: Stärkung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Solidarität und Menschenwürde

Die Europäische Union (EU), die sich als Wertegemeinschaft für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Solidarität und Menschenwürde versteht, steht angesichts der geopolitischen Veränderungen vor großen Herausforderungen. Welche Rolle wird die EU künftig einnehmen?

- In Europa findet derzeit ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg gegen die Ukraine statt, der auch für die Länder der EU bedrohlich ist. Es muss verhindert werden, dass die Machtansprüche Russlands über seine Grenzen hinausgreifen.
- Es bestehen Zweifel, ob die EU in der gegenwärtigen rechtlichen Verfassung in der Lage ist, weitere Länder aufzunehmen. Reformen der inneren Verfassung sind notwendig.
- In den 27 Ländern der EU zeichnen sich Entwicklungen ab, die Anlass zu großer Sorge geben. Es sind Bestrebungen sichtbar, die die Werte von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Solidarität und Menschenwürde infrage stellen. Investitionen in politische Bildung sind Investitionen in die Zukunft. Die finanzielle und sicherheitspolitische Stabilität der Gemeinschaft erscheint gefährdet. Diese Entwicklung muss gestoppt werden.
- Es besteht der Eindruck, dass einige Länder der EU ihre nationalen Interessen über das Gemeinschaftsinteresse stellen. Diese Haltung muss zugunsten des Einstehens für die gemeinsamen Werte und des Bestehens der globalen Herausforderungen überwunden werden.
- Weltweit sind Menschen auf der Flucht, suchen Schutz und ein gesichertes Leben für sich und ihre Familien in Europa. Die EU ist gehalten, die Migrationspolitik so zu gestalten, dass Menschen, die einen Anspruch auf Asyl haben, aufgenommen und versorgt werden. In den Herkunftsländern der Migranten sind die wirtschaftlichen Verhältnisse so zu verbessern, dass ein Verlassen der Heimat nicht nötig ist.
- In den Ländern der EU sind umfassende Reformen des Arbeitsrechts und der Sozialsysteme erforderlich. Die Lebensbedingungen der Einwohnerinnen und Einwohner sind einander anzugleichen. Die EU-Kommission ist in ihrem Vorhaben zur Stärkung sozialer Rechte zu unterstützen.

Die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger haben am 9. Juni 2024 die Gelegenheit, durch die Wahl des Europäischen Parlaments die künftige Politik der EU mitzubestimmen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 35. Duderstädter Gespräche appellieren an alle wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger, sich kritisch mit der aktuellen Situation der EU auseinander zu setzen und von dem Wahlrecht Gebrauch zu machen, um damit ein starkes Zeichen für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Solidarität und Menschenwürde zu setzen.